Redaktion, Verlag und Druck, von R. Graßmann, Schulzenstraße 17.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr., monatlich 10 Sgr., mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr. monatlich 12½ Sgr., für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 66. Abendblatt. Sonnabend den 8. Februar 1868.

Deutschland.

□ **Berlin,** 7. Februar. Von hier aus können die Mittheilungen des „Moniteur" über die Antwort des Königs bestätigt werden, welche derselbe an Herrn Benedetti richtete, als dieser sein Beglaubigungsschreiben als Vertreter Frankreichs beim norddeutschen Bunde überreichte. Der König sprach sich mit großer Befriedigung über den Schritt Frankreichs aus, der eine neue Bürgschaft für die guten Beziehungen zwischen beiden Regierungen sei und nahm zugleich Veranlassung, sich des freundlichen Empfanges zu erinnern, den er im vorigen Jahre von Seiten des französischen Hofes erfahren habe. — Gestern fand beim Ministerpräsidenten Grafen Bismarck ein Diner statt, zu welchem der russische Gesandte v. Oubril, der dänische Gesandte v. Quaade nebst Gemahlin, der baierische Gesandte von Perglas, mehrere fürstliche Personen, u. A. der Fürst Carolath-Beuthen, mehrere Mitglieder des Landtags und Vertreter der Industrie und des Handels geladen waren. — Die „Bk.- u. Hdl.-Ztg." brachte dieser Tage die Nachricht, daß aus Süddeutschland von Seiten der Regierungen eine im gereizten Tone gehaltene Beschwerde über die Haltung der preußischen Regierung in Sachen des Zollparlaments hier eingegangen sei. Die Nachricht ist auch von der „Vossischen Ztg." übernommen und von derselben als offiziös bezeichnet worden. Unter diesen Verhältnissen mag bemerkt werden, daß eine solche Beschwerde hier nicht eingegangen ist, zu der überhaupt auch kein Anlaß vorhanden gewesen wäre. Die preußische Regierung hat die süddeutschen Parteibestrebungen weder ermuthigt noch hervorgerufen. Wenn sich bei den dortigen Wahlbewegungen Ansichten geltend machen, welche den Regierungen nicht gefallen, so ist daran zu erinnern, daß diese Fälle bei allen Wahlagitationen vorkommen. Die süddeutschen Regierungen würden aber hierüber ebenso wenig Beschwerde führen können, als die preußische Regierung über die republikanische Haltung der süddeutschen „Demokratischen Korrespondenz." — Ein Berliner Korrespondent der „Neuen Freien Presse" meldet, daß hier ein Ministerial-Direktor für Preßangelegenheiten neu ernannt worden sei. Eine solche Ernennung ist nicht erfolgt. Wahrscheinlich liegt eine Verwechselung mit der Ernennung des Dr. Küttge zum Direktor des literarischen Bureaus im Staatsministerium vor, die indessen schon vor einigen Monaten erfolgt ist. — Der erste vortragende Rath im Staatsministerium, der Wirkl. Geheime Ober-Regierungs-Rath Costenoble, der seit längerer Zeit sehr leidend ist, hat sich in Folge davon bewogen gefunden, bei Sr. Majestät dem Könige um seine Entlassung nachzusuchen. — Der Minister des Innern Graf Eulenburg befindet sich in der Besserung. Er hat bereits eine Ausfahrt gemacht und auch die Geschäfte seines Departements, vor Allem die Nothstandsangelegenheiten, wieder in die Hand genommen. — Der Ministerpräsident Graf Bismarck wird sich zu seiner Erholung auf seine Güter begeben. — Nachdem der hannoversche Provinzialfonds nach dem Kardorffschen Amendement Annahme im Abgeordnetenhause gefunden hat, wird er auch im Herrenhause keinen Widerspruch erfahren. Die konservativen Abgeordneten haben der Annahme Schwierigkeiten gemacht, indessen nur in Folge von irrigen Ansichten, die von einigen Personen über die Haltung der Regierung verbreitet worden waren. Da diese Mißverständnisse bei der Berathung im Herrenhause in Wegfall kommen, werden dort der Annahme des Gesetzentwurfs keine Schwierigkeiten entgegenstehen. — Die Nachricht, daß durch einen Ministerial-Erlaß an die obersten Behörden angeordnet worden sei, dahin zu wirken, daß die für die Nothleidenden eingehenden Beiträge namentlich an die in Berlin bestehenden beiden Central-Vereine oder an den Oberpräsidenten abgeführt werden, ist, wie folgt, zu präcisiren: Zu dem bekannten, im „Staats-Anzeiger" und in der „Provinzial-Correspondenz" veröffentlichten Erlaß des Ministers des Innern vom 6. Januar ist später eine vertrauliche Mittheilung als Ergänzung erschienen, worin ausgesprochen wird, daß die Beiträge außer an die Central- oder andere Vereine nöthigenfalls auch an den Oberpräsidenten gerichtet werden können. Es ist hierin also gerade das Gegentheil von dem gesagt, was die demokratischen Blätter hierüber gefabelt haben. — Gestern haben die Konferenzen in Postangelegenheiten zwischen den diesseitigen und belgischen Bevollmächtigten begonnen. Diesseits nehmen der General-Post-Direktor v. Philipsborn und der Geheime Ober-Post-Rath Stephan daran Theil, der Letztere als Bevollmächtigter des Norddeutschen Bundes. Auf Einladung der belgischen Post-Verwaltung haben sich zur Konferenz noch eingefunden: ein Bevollmächtigter der Verwaltuug der französischen Nordbahn, Matthies de Sari, sowie zwei Bevollmächtigte der englischen Kontinental-Agentur, Peddington und Croop. Der Grund zu dieser Einladung ist darin zu suchen, daß die belgische Post-Verwaltung vielfach den Transit des Postverkehrs zwischen dem Norddeutschen Bunde sowie Frankreich und England zu besorgen hat und bei der Beförderung der Poststücke von und nach Frankreich und England die französische Nordbahn und die englischen Dampfschifffahrts-Gesellschaften betheiligt sind.

Berlin, 7. Februar. Se. Majestät der König nahmen gestern Nachmittag den Vortrag des Ministerpräsidenten entgegen.

— Se. K. Hoh. der Prinz Albrecht ist heute früh nach Albrechtsberg bei Dresden abgereist.

— Graf Bismarck soll eine Darstellung der auswärtigen Politik vorbereiten, welche dem norddeutschen Reichstage vorgelegt werden soll.

— Die „Spen. Ztg." schreibt: In dem Schreiben an Herrn v. Forckenbeck, in welchem unser Ministerpräsident dem Abgeordnetenhause Mittheilung macht von dem Urlaub, den ihm Se. Majestät ertheilt, sind Gesundheitsrücksichten als Grund angeführt. Wir haben keine Veranlassung, daran zu zweifeln, daß dies der wirkliche und einzige Grund für den erbetenen Urlaub ist. Die Kräfte eines Mannes, der zugleich das Amt des Bundeskanzlers und des Vorsitzenden im Staatsministerium zu führen, die schweren Obliegenheiten eines Ministers des Auswärtigen zu erfüllen, und das Interesse der Krone, der Regierung und des Landes in ernsten parlamentarischen Kämpfen an erster Stelle wahrzunehmen hat, müssen sich aufreiben, und die Schwierigkeit der letztern Pflicht, wie sehr sie die Kräfte in Anspruch nimmt, hat ja Graf Bismarck in den letzten Tagen mehr als einmal hervorgehoben. Die schwersten Kämpfe dieser Session sind bestanden, sie sind in der letzten Woche mit einem gewaltigen Aufwand von Aufmerksamkeit, Kraft und parlamentarischer Schlagfertigkeit bestanden. Da mag der Herr Ministerpräsident denn wohl das Bedürfniß empfunden haben, sich eine Weile von den anstrengendsten Geschäften zurückzuziehen, um für die neuen Aufgaben, die im März bevorstehen, neue Kräfte zu sammeln. Eine tieferliegende politische Veranlassung scheint uns der Urlaub nicht zu haben, weder die, daß irgend eine Partei oder Persönlichkeit sich jetzt getrauen könnte, die Geschäfte fortzuführen, noch daß die Regierung durch eine vorübergehende Opposition eines Theils der konservativen Partei ernstlich verstimmt sein könnte. Gestern schon stellte sich die Abstimmung in der Angelegenheit des hannoverschen Provinzialfonds günstiger als am Donnerstag und die Spaltung in der Partei, welche die Regierung bisher konsequent unterstützte, wird schwerlich dauernde Spuren hinterlassen.

— Die „C. S." schreibt: „Das Abgeordnetenhaus war am Freitag lange vor Beginn der Sitzung in großer Aufregung. Graf Bismarck gab am Donnerstag ein Diner, zu welchem Mitglieder des diplomatischen Korps und des Landtages geladen waren und nach welchem er sich sehr heiteren Gesichts von seinen Gästen auf einige Wochen verabschiedete, um seine Gesundheit zu schonen, zu welchem Endzweck er vom König einen Urlaub nachgesucht und erhalten habe. Diese Nachricht war um 7 Uhr bereits in allen Gesandtschaften Gegenstand großen Aufsehens; man zweifelte keinen Augenblick daran, daß es sich hier um einen entscheidenden Schritt zum Austrage einer Angelegenheit handle, einer Intrigue, deren Spitze zu den Anhängern des Gegners des Grafen gehört. (?) Um so gespannter war man auf den Hofball, der wenige Stunden nach dem Diner stattfand und zu welchem wiederum viele Landtagsmitglieder beider Häuser eingeladen waren. Graf Bismarck erschien strahlenden Gesichts, tanzte und ward von allen Mitgliedern des Königlichen Hauses, wie vom Könige selbst mit großer, fast demonstrativer Auszeichnung behandelt. Um so ungnädiger war der König gegen die konservativen Abgeordneten, welche gegen den Kardorffschen Antrag gestimmt, und gegen den Gesetzentwurf wegen des hannoverschen Provinzialfonds gesprochen hatten. Am Schlimmsten kamen die Freiherren v. Vincke, dann die Abg. v. Diest und Graf Bethusy-Huc weg, ein Herzog, Mitglied des Herrenhauses, mußte für seinen Bruder, der Abgeordneter ist, leiden, und selbst der Präsident des Abgeordnetenhauses, Hr. v. Forckenbeck, bekam zuerst Vorwürfe, die aber der König nachher in den allergnädigsten Ausdrücken wieder zurücknahm, denn der Präsident hatte für den Kardoffschen Antrag, der jetzt mit 200 gegen 168 Stimmen angenommen, während der Antrag Diest mit 206 gegen 175 Stimmen zu Fall gekommen ist, gestimmt. Man erzählt sich pikante Einzelheiten über die Antwort Diest's, über die Betroffenheit Vincke's u. s. w. — es war ein böser Abend. Unter dem königlichen Drucke hatte übrigens sich Freitag die Majorität für Kardorff von 197 auf 200 erhöht, während die Minorität vom Donnerstag von 192 auf 175 gefallen ist. Unter demselben Drucke wird nun auch das Herrenhaus den Kardoff'schen Entwurf mit vielleicht unwesentlichen Modifikationen annehmen. Man weiß, daß hier ein Königswort engagirt ist.

— Der Bürgermeister zu Frankfurt a. M., Dr. Mumm, welcher am Donnerstag auf dem Ballfeste im hiesigen Schlosse in voller Amtstracht erschien, hat sich jetzt auf seinen Posten zurückbegeben.

— In den Kreisen der Handelskammern findet der Antrag auf Erweiterung der Kompetenz des Zollbundesraths und des Zollparlaments, wie er an den Kanzler des norddeutschen Bundes, so wie später an das Zollparlament gebracht werden soll, immer größere Zustimmung. Wie es heißt, soll dem Reichstage des norddeutschen Bundes der Entwurf einer Gewerbeordnung vorgelegt und darin die Koalitionsfreiheit eingeführt werden, welche die preußische Gewerbeordnung nicht nur nicht kennt, sondern ausdrücklich verbietet.

— Die Lootsen sind im preußischen Staat keine pensionsberechtigten Beamten, weshalb auch an verschiedenen Orten private Pensionskassen bestehen, in welche von den Betreffenden bestimmte Einschüsse jährlich geleistet werden. Den „Hamb. Nachr." zufolge wird beabsichtigt, alle diese Kassen zu vereinigen und alsdann die resp. Lootsenpensionen für das ganze Land nach einer bestimmten Scala zu reguliren. Von Flensburg aus soll indeß ein Protest dagegen eingegangen sein, weil die dortige Kasse ein bedeutendes Kapital besitzt, das auf diese Weise den Inhabern verloren ginge.

— Die „Post" schreibt: Bekanntlich ist ein höherer preußischer Zollbeamter nach Petersburg entsendet worden, um auf die dortigen Tarifberathungen den durch die diesseitigen Interessen gebotenen Einfluß zu nehmen. Die Entsendung war auf ausdrücklichen Wunsch der russischen Regierung erfolgt. Wie jedoch jetzt bekannt geworden ist, kann jener Einfluß sich kaum irgendwie geltend machen, da der Vertreter der preußischen Handelsinteressen zu den Berathungen nicht zugezogen wird, auch Anträge, die er der Berücksichtigung empfiehlt, der Konferenz nicht vorgelegt werden. (?)

— Nach einer Berliner Korrespondenz der „Bresl. Z." soll es sich innerhalb der Fraktion der Fortschrittspartei gegenwärtig darum handeln, Johann Jacoby vor der Fraktion wegen seiner letzten Rede zur Rechenschaft zu ziehen.

Hannover, 7. Februar. Pastor Grote, bekanntlich verurtheilt wegen Veröffentlichung von 50 Thesen gegen die Union, hatte gegen jenes Erkenntniß Berufung erhoben. Die Verhandlung fand am 30. v. Mts. statt, gestern ward das Urtheil verkündet, welches die Berufung verwarf. In den Entscheidungsgründen heißt es u. A.: daß, wenn auch die Existenz einer unirten Kirche nicht anzunehmen sei, so doch die thatsächlich bestehenden unirten Gemeinden als Einrichtung einer christlichen Kirche betrachtet werden müssen. Der gegen dieselben in 50 Thesen enthaltene Angriff erweise sich nicht als ein rein wissenschaftlicher, sondern nach Form und Inhalt als ein strafbarer; die vorhandenen Milderungsgründe seien auch in dem Urtheil erster Instanz genügend berücksichtigt und das erkannte Strafmaß richtig bemessen.

Einbeck, 4. Februar. Dem „Hann. Cour." schreibt man: Zwischen dem hiesigen katholischen Geistlichen und den Kommandeuren der hiesigen Infanterie und Kavallerie ist ein bedauerlicher Streit ausgebrochen, der verschiedene Versetzungen zur Folge hat. Ersterer, der Pastor Engelhardt hat von der Kanzel es hart getadelt, daß seine Beichtkinder unter dem Militär durch Dienst von dem Besuche des Gotteshauses abgehalten würden. Die Kommandeure sollen ihm bedentet haben, daß dieses oft nicht zu ändern sei. Damit nicht zufrieden, soll sich der Pastor an den König gewandt haben. In Folge dieser Zwistigkeiten ist der Geistliche bereits schleunigst versetzt worden, und auch unter dem Militär sollen Versetzungen befohlen sein.

Flensburg, 6. Februar. Die „Fl. Nd. Ztg." schreibt: Gestern soll in Folge früher geschehener Verleitung Schleswigscher Militärpflichtiger zur Desertion nach Dänemark bei einem hiesigen Fabrikanten eine Haussuchung stattgefunden haben. Wenn auch über den Erfolg derselben nichts an die Oeffentlichkeit gelangt ist, so scheint es doch, als wenn die natürliche Folge dieser unsinnigen Handlungsweise ihre bitteren Früchte jetzt zur Reife bringt. Die bethörten Schleswiger finden bekanntlich größtentheils in Dänemark kein Fortkommen; Noth und das Erkennen ihrer Handlungsweise zwingen sie, zurück zu kommen, und selbstverständlich werden diejenigen Persönlichkeiten, die als Rathgeber und Hülfeleistende bei diesem Vergehen auftraten, den gesetzlichen Strafen nicht entgehen.

Darmstadt, 7. Februar. Vorbehaltlich der ständischen Genehmigung hat das Haus Erlanger u. Söhne und die von demselben gebildete Akten-Gesellschaft die landesherrliche Konzession zum Bau und Betriebe einer Eisenbahn von Gießen nach Fulda und von Gießen nach Gelnhausen erhalten.

Karlsruhe, 7. Februar. Die Abgeordnetenkammer beschloß auf den Antrag der Geschäftsordnungs-Kommission, den Großherzog in einer Adresse zu ersuchen, daß eine Vereinfachung im Verkehr der Kammer mit dem anderen Hause und mit der Regierung durch eine entsprechende Abänderung der Bestimmungen der Geschäftsordnung herbeigeführt werde.

Stuttgart, 7. Februar. Bei der in der Standesherrenkammer stattgehabten Berathung über das Wehrgesetz wurde der Antrag Neuraths, die Mobilisirung der Landwehr einer landständischen Entscheidung vorzubehalten, um die Regierung zu verhindern, die gesammte Truppenmacht in Folge des Allianzvertrages dem Könige von Preußen unterzuordnen, mit 24 gegen 6 Stimmen verworfen.

München, 4. Februar. (N. Pr. Ztg.) Wiederholte offiziöse Erklärungen über die Stellung der baierischen Regierung zur Frage der Kompetenzerweiterung des Zollparlaments scheinen die Wirkung gehabt zu haben, daß die Kandidaten der sogenannten nationalen Partei ihr ursprüngliches Programm beträchtlich modifizirt und gemildert haben. Auch sie erklären jetzt, daß von einer Kompetenzerweiterung nur dann die Rede sein könne, wenn die betheiligten Regierungen zuvor bezügliche Vereinbarungen getroffen hätten und daß sie von einem eventuellen Eintritt in den Nordbund nur dann etwas wissen wollen, wenn er auf „gesetzlichem Wege" bewirkt werden könne. Es ist möglich, daß es für dieses Zurückweichen der „Nationalen" von ihrem ursprünglichen Programm noch andere Gründe giebt, und daß dessen Ausführung, d. h. der Versuch, es auszuführen, nur für eine spätere Zeit vertagt ist. Ihre Gegner haben es jedenfalls nicht an Eifer fehlen lassen, sie und ihr Programm auf jede Weise und theilweise nicht ohne Erfolg zu bekämpfen. Zwei Parteien stehen sich jetzt gegenüber, die „nationale" Partei und die „baierische" Partei, welche alles in sich faßt, was im Lande an Partikularisten, „Ultramontanen", Konservativen, gemäßigte Liberalen, Farblosen ꝛc. aufzutreiben ist. Von einer dritten Partei machen sich da und dort Spuren bemerkbar; es ist die demokratische, die wie überall einen scharfen Gegensatz zur „nationalen" Partei aufweist und im „Nürnb. Anzeiger" ihren einzigen Vertreter findet. In den vier älteren baierischen Provinzen werden voraussichtlich die „Nationalen" nur wenige Kandidaten durchbringen. — Der Minister-Präsident Fürst Hohenlohe gab gestern ein großes Ballfest, zu dem neben der Gesellschaft und den beiden Kammern auch wie im vorigen Jahre Vertreter der Presse geladen waren; die Abgeordneten waren ziemlich zahlreich erschienen, die Reichsräthe weniger.

Forchheim, 2. Februar. In einer heute Nachmittag im großen Rathhaussaale dahier abgehaltenen Wählerversammlung bezüglich der Zollparlamentswahl, welche von mindestens zweihundert Wählern aller Stände aus verschiedenen zum Wahlkreise Forchheim gehörigen Bezirken, insbesondere auch zahlreich aus der Landbevölkerung besucht war, wurde durch den mit Akklamation gewählten Vorsitzenden der Versammlung für den Wahlkreis Forchheim der Fürst Hohenlohe als Abgeordneter zum Zollparlamente vorgeschla-

gen. Nachdem von mehreren Seiten hervorgehoben worden war, daß durch den Fürsten Hohenlohe die Interessen des Vaterlandes in der würdigsten Weise würden vertreten werden, und daß durch diese Wahl Gelegenheit gegeben wäre, dem Fürsten einen Ausdruck des Vertrauens und der Anerkennung zu geben, wurde mit Einstimmigkeit von der Versammlung beschlossen, den Fürsten Hohenlohe für den Wahlkreis Forchheim als Kandidaten zum Zollparlament aufzustellen.

Ausland.

Wien, 7. Februar. Benjamin v. Kally ist zum österreichischen Generalkonsul in Belgrad ernannt worden.

Haag, 7. Februar. Bei zehn Nachwahlen hat die Opposition drei Stimmen gewonnen. Es bleibt noch das Resultat aus zwei Wahlbezirken zu erwarten. — Eine Ministerkrisis ist eingetreten.

Amsterdam, 7. Januar. Die Nachwahlen für die zweite Kammer sind erst heute beendigt. Es sind 6 ministerielle Kandidaten (darunter drei Mitglieder der aufgelösten Kammer) und 5 Oppositions-Kandidaten (darunter 3 Mitglieder der aufgelösten Kammer) gewählt worden. Das Gesammtresultat der Wahlen ist folgendes: 35 ministerielle Kandidaten (darunter 27 frühere Deputirte) und 38 Oppositions-Kandidaten (darunter 31 frühere Deputirte.) Ein Kandidat (der Präsident der aufgelösten Kammer Vanreeden) ist von beiden Parteien aufgestellt. — In Folge von Doppelwahlen sind noch 3 weitere Nachwahlen erforderlich.

Paris, 4. Februar. Zwei Thatsachen von nicht zu unterschätzender Bedeutung, welche in den letzten Tagen hervorgetreten sind, werfen ein beachtenswerthes Licht auf die Stellung der Parteien sowohl in als außerhalb der Kammer. Einmal ist die Sprengung der sogenannten Arkadier (die Rechte) wenigstens in der Preßfrage, das Resultat „klerikaler" Einwirkung und sodann ist die imposante Majorität des am vergangenen Sonntag in Lille erwählten Regierungs-Kandidaten de Rotours den Bemühungen des dortigen Klerus und seiner Anhänger zuzuschreiben. Der Gegenkandidat Legrand erhielt auf dem Lande so gut wie gar keine Stimme und die achttausend und einige für ihn Votirenden sind lediglich Bewohner der Stadt Lille gewesen. Es waren auch die „Klerikalen" unter den Arkadiern, welche sich entschlossen, in der Preßfrage mit der Regierung zu gehen. Ihre Haltung steht in Zusammenhang mit der Auffassung, daß auch die klerikale Partei den neuen (freieren) Boden, auf welchem die Presse in Zukunft stehen soll, in ihrem Interesse auszunutzen gedenkt. Zugleich hoffte man durch diesen Dienst der Regierung in ihrer italienischen Politik etwas zu bieten und zum Gegendienst zu verpflichten. — Trotz des Friedenswehens finden die Rüstungsnachrichten immer noch ihre Stelle und in gewisser Weise ist dies auch vollständig richtig. In der Reihe der Maßregeln steht auch der erhöhte Pferdebestand. Wenn die „Patrie" über diesen Punkt in der jüngsten Zeit Ziffern brachte, so wurden dabei die an die ländlichen Besitzer ausgegebenen und zu jeder Stunde einziehbaren Pferde nicht mit eingerechnet. In früheren Jahren betrug die Zahl der Remonten aufs Jahr etwa 7—8000 Pferde, während der aufgekaufte Bestand, über welchen die Regierung jetzt zu jeder Stunde verfügen kann, das Dreifache beträgt. Aber alle die ergriffenen Maßregeln tragen den reinen Charakter des ruhigen Ausbaues der Wehrkraft und sind der akuten Hast entkleidet. Daran dürfte man zunächst festhalten müssen, um sich nicht durch Meldungen, welche thatsächlich zuweilen begründet sind, irre leiten zu lassen. — Mit dem Befinden des Grafen v. d. Goltz geht es sehr gut. Der Graf empfängt viel Besuch; namentlich findet sich auch der englische Botschafter Lord Lyons häufig bei dem Rekonvalescenten ein.

Paris, 7. Februar. Gesetzgebender Körper. Bei der heutigen Fortsetzung der Debatte über das Preßgesetz wurden die Artikel 3, 4, 5 und 6 der Kommission überwiesen, die Artikel 7 und 8 angenommen. In dem Artikel 9, welcher die Bestimmung enthält, daß Personen, die aus Frankreich verbannt sind, Artikel in französischen Zeitungen nicht unterzeichnen dürfen, sieht Jules Simon ein neues Proskriptionsgesetz, welches sich der über die bourbonischen Prinzen verfügten Aechtung anschließe. Aus diesem Grunde bekämpft er den Artikel.

Staatsminister Rouher erwidert, daß in dem Artikel weder eine Proskription noch ein Eingeständniß von Schwäche enthalten sei. Die Regierung halte es jedoch nicht für zulässig, daß Jemand sich in Frankreich eines Preßvergehens schuldig machen und doch der Bestrafung dadurch, daß er ferne von Frankreich sei, entgehen könne. — Jules Favre sagt, daß er gerade unter dem gegenwärtigen Regime diese Neuerung nicht begreifen könne und beantragt die Verwerfung des Artikels. Derselbe wurde jedoch angenommen. Bei Artikel 10 beantragten Picard und Jules Favre, daß die Preßvergehen Schwurgerichten und nicht dem Zuchtpolizeigerichte überwiesen werden sollen. Der Berichterstatter Nogent spricht gegen diesen Antrag.

Paris, 7. Februar. Der „Etendard" sagt, daß die Repräsentanten von Frankreich, England und Oesterreich darauf bestanden haben sollen, daß die rumänische Regierung, eingedenk ihrer Pflicht und der von ihr übernommenen Verbindlichkeiten, unverzüglich die für die Ruhe der Türkei so gefährlichen Banden entwaffne. — Selbst Rußland soll angezeigt haben, daß es seine Agenten in den Donaufürstenthümern in dieser Hinsicht mit Anweisung versehen werde.

Paris, 7. Februar. Wie die „France" meldet, ist die Nachricht von neuerdings aufgetretenen Meinungsverschiedenheiten zwischen Frankreich und dem heiligen Stuhl durchaus unbegründet; die Beziehungen beider Regierungen sollen niemals besser als jetzt gewesen sein. — Dasselbe Blatt dementirt die Nachricht von der Bildung einer spanischen Legion für den päpstlichen Dienst. — Von Seiten der richterlichen Behörde ist angeordnet worden, daß die auf die Kerveguen'sche Angelegenheit bezüglichen Papiere Lavarenne's dem Ehrengericht ausgeliefert werden sollen. — Nach hier eingegangenen Briefen aus Madrid soll daselbst wegen des Bankgesetzes eine Ministerkrisis ausgebrochen sein. Das Ministerium beabsichtigt, das Gesetz zurückzuziehen; der Finanzminister Barzanallana, welcher sich gegen diese Maßregel erklärt hat, wird wahrscheinlich zurücktreten, als sein Nachfolger wird Marfori genannt.

Florenz, 7. Februar. Die „Italienische Correspondenz" bestätigt, daß der italienische Gesandte in London, Marquis d'Azeglio, den Entschluß gefaßt, sich ins Privatleben zurückzuziehen, und fügt hinzu, daß über die Wahl seines Nachfolgers noch nichts bestimmt sei. — Der Bericht über die Mahlsteuer wird gegen Ende des Monats der Kammer vorgelegt werdin.

— Der Bericht der Kommission zur Prüfung des Budgets des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten empfiehlt die größtmöglichste Einschränkung in der diplomatischen Vertretung, sowie einen wirksameren Schutz für die Kolonien und die Vertreter in entlegenen Ländern durch die Königliche Marine; ebenso eine verständige Regelung der italienischen Emigration.

Rom, 7. Februar. General Dumont ist eingetroffen und hat das Kommando über die in den päpstlichen Staaten befindlichen französischen Truppen übernommen. — Die Provinzen Velletri und Frosinone werden noch immer durch Straßenräuberei unsicher gemacht.

London, 3. Februar. Ihrer Majestät Minister treten jetzt täglich zu Kabinetsberathungen zusammen. Ihr Chef, Lord Derby, weilt jedoch noch podagrakrank in Howsley Park und der „Erzieher" der Torypartei muß sich in Downing Street aus seinem Wagen heben lassen und hinkt an zwei Krücken in das Versammlungslokal, dem Anscheine nach eben so gebrechlich und viel weniger gutgelaunt im 62. Lebensjahre, als Lord Palmerston im 82. war. Was nützt es auch, eine Partei zu erziehen, wenn bei jeder neuen Frage das ermüdende und aufreibende Erziehungswerk von vorn angefangen werden muß? Das ist ein trauriges und entmuthigendes Geschäft, eine Sysyphusarbeit, bei der man nicht von der Stelle kommt und bei der ein unberechenbarer Zufall, ein unvermeidlicher Fehltritt den tückischen Marmor der Ministerportefeuilles in jedem Augenblicke wieder von der glänzenden Höhe des Machtbesitzes in den düsteren Abgrund der Oppositionsbänke hinabrollen kann, und zwar mit dem klassischen Donnergepolter und unter dem schadenfrohen Gelächter der triumphirenden Gegner. Mr. Disraeli fühlt die Ungemüthlichkeit dieser Situation. Sein in Edinburg ausgesprochenes Vertrauen, daß die „Dankbarkeit" der Nation bei den bevorstehenden Wahlen aus der Minoritätsregierung eine Majoritätsregierung machen werde, soll in neuester Zeit stark erschüttert sein, und wenn nicht alle Anzeichen trügen, so hat er durchaus keine Ursache, gut gelaunt zu sein und mit jugendlichem Muthe zu den Kabinetsversammlungen zu eilen. Da sind gleich die zwei, wie der Herzog von Marlborough sagt, von den Liberalen aus Bosheit erfundene Fragen: Irland und Volksunterricht — ganz darnach angethan, um ihm das Erziehungsgeschäft mit einer Partei, die nichts vergessen will, weil sie nichts lernen kann, gründlich zu verleiden. Diese Fragen werden zwar erst im reformirten Parlament zur Lösung gelangen, aber sie werden auch schon in der diesjährigen Session von den Liberalen zu wirksamen Wahlschreien ausgebeutet werden. Sind die Tories vorbereitet, ihren Gegnern die Popularität solcher Wahlschreie streitig zu machen? Offenbar nicht, und gleichwohl wächst die Agitation im Lande und nimmt eine Richtung, die nicht nach der Seite der Dankbarkeit hin liegt.

London, 5. Februar. In Clerkenwell wurde heute ein anständig gekleideter Mann, Namens Charrington, von einem gewissen James Needle ohne alle Veranlassung durch einen Pistolenschuß am Halse verwundet. Die That wird von den Pennyblättern mit riesigen Lettern als eine Unthat der Fenier angekündigt; doch dürfte sich das Nichtige dieser Sensationsanzeige bald herausstellen. Dem Vernehmen nach ist der verhaftete Thäter ein halb wahnsinniger Mensch, der mit der fixen Idee geplagt ist, man betrachte ihn als Fenier und verfolge ihn allenthalben. Bei den Polizeigerichten und den Beamten der Sicherheitsbehörde ist er durch seine Klagen über diese eingebildeten Verfolgungen eine hinlänglich bekannte Persönlichkeit. Er wurde übrigens zur Haft und das Opfer seines Wahns ins Hospital gebracht.

— Der Senat der Universität Edinburgh ist gegenwärtig mit den Vorarbriten und Berathungen beschäftigt, um nach Muster einiger deutscher Universitäten in den Verband der philosophischen Fakultät ein landwirthschaftliches Departement aufzunehmen.

Kopenhagen, 7. Februar. Aus guter Quelle erfährt man, daß ein baldiger Abschuß der Verhandlungen zwischen Dänemark und Preußen betreffs Nordschleswig nicht zu erwarten sein dürfte, da namentlich in der Garantiefrage die Ansichten der beiden betheiligten Staaten sehr weit auseinandergehen. Bei dieser Verschiedenheit der Anschauungen hegt man hier Bedenken, durch endgültige Erklärungen die Verhandlungen etwa in Stocken zu bringen.

Stockholm, 31. Januar. Das erste Heft einer größeren kriegshistorischen Arbeit mit dem Titel: „Historische Erläuterungen über die schwedischen und norwegischen Armeen und Flotten", verfaßt unter Leitung des Prinzen Oscar vom Lieutenant N. O. Prytz, ist in der Hauptstadt erschienen.

Petersburg, 7. Februar. Das „Journal de St. Petersbourg" dementirt heute aufs Entschiedendste die von der Wiener „Debatte" gebrachte Nachricht, daß Rußland und Preußen die von Frankreich und England erhobenen Reklamationen gegen die Rüstungen in Serbien unterstützen.

Athen, 6. Februar. Das Ministerium Moraitinis ist zurückgetreten und das neue Kabinet folgendermaßen zusammengesetzt: Bulgaris, Minister des Innern und Minister-Präsident; Simo, Finanzen; Cresteniti, Kultus und öffentlicher Unterricht; Antonopulo, Justiz; Zimbrakachi, Krieg; Delyanni, Aeußeres; Canari, Marine.

Pommern.

Stettin, 8. Februar. Die Zollabrechnungs-Ziffer der Einwohnerschaft Stettins hat sich nach der Zählung vom 3. Dezember mit Ausschluß der unter Militär-Verwaltung stehenden Gebäude auf 69,397 Köpfe gestellt (die thatsächliche Bevölkerung auf 70,607).

Swinemünde, 7. Februar. Der Lootsenkutter, vom Kricks retournirend, berichtet, daß das Fahrwasser für Dampfer passirbar sei.

Greifenhagen, 7. Februar. Das Wasser der Oder ist seit einigen Tagen so gestiegen, daß es die Wiesen nnd den Damm des Mescheriner Oder-Uebergange mehrere Fuß hoch überfluthet. Dazu hat der Sturm das Eis der oberhalb der Stadt befindlichen Seen vor die Eisbrecher der Stadtbrücke und an die Südseite des Dammes getrieben. Einige Schollen bedecken bereits den Damm und das Uebrige wird nur durch junge Weiden zurückgehalten, kann aber beim Steigen des Wassers jeden Augenblick auf den Damm treiben, so daß die Passage über denselben sehr gefährlich geworden ist und die Post ihre Fahrt seit gestern über denselben hat einstellen müssen.

Kreis Franzburg, 6. Februar. Gestern Nachmittag kam im Schulhause zu Millienhagen Feuer aus, welches bei dem furchtbaren Sturme bereits das ganze Gebäude ergriffen hatte, als der Lehrer es gewahrte und sich mit den Schulkindern im letzten Augenblicke der Gefahr entziehen konnte. Glücklicher Weise lag nur noch ein Gebäude der Dorflage in der Windrichtung, welches alsbald mit ergriffen und zerstört wurde.

Grimmen, 6. Februar. Am 4. dieses Monats, Abends 10 Uhr, schlug der Blitz in das Wohnhaus der Eigenthümer-Wittwe Beerbohm zu Trantow und brannte dasselbe in kurzer Zeit gänzlich herunter. — Menschen sind hierbei nicht beschädigt.

Schwedt a. O., 7. Februar. (Ostf. Ztg.) Der Eisgang durchbrach vorgestern Abend $11\frac{1}{2}$ Uhr die große Oderbrücke, rasirte zwei Joche und 6 Eisbrecher. Der Eisgang dauert noch fort, die erste Brücke vor Niederkrähing und die krumme Brücke sind bei weiterem Anrücken des Eises in Gefahr. Das Wasser der Oder ist noch im Steigen. Der Postenverkehr mit der Neumark wird durch Kähne vermittelt. Es wird beabsichtigt, eine Noth-Schiffbrücke zu erbauen.

Vermischtes.

Berlin. Ein nicht mit Glücksgütern wohl aber mit Kindern reich gesegneter Webermeister wollte neulich bei der Sparbüchse seines ältesten Sohnes, welcher eine höhere Bürgerschule besucht, eine kleine Anleihe machen, da die Noth drängte, zum Lebensunterhalte Nichts mehr im Hause war, und er den Weg zum Leihamt nicht antreten mochte. Diese Sparbüchse, in welche kleine Geldgeschenke für gute Censuren, Versetzungen des Knaben in eine höhere Klasse 2c. gelegt wurden, mußte nach des Vaters Berechnung einen Baarbestand von zwanzig bis fünfundzwanzig Silbergroschen haben; wer beschreibt nun seine unangenehme Enttäuschung, als er die qu. Blechbüchse, an deren Inhalt eine lange Reihe von Wochen und Monaten gespart worden war, leer fand! Der nichts Böses ahnende Knabe wurde daher Mittags nach der Rückkehr aus der Schule einem strengen Examen unterworfen, aus dem er aber glänzend gerechtfertigt hervorging, denn unter Thränen gestand er ein, daß er, gerührt von den Schilderungen des Nothstandes in Ostpreußen, seinen kleinen mühsam ersparten Schatz heimlich zur nächsten Sammelstelle getragen habe, worüber er sich durch Vorzeigung der Quittung legitimirte.

Landwirthschaftliches.

Hefe kann Jahre lang nach Dr. Artus, namentlich in Kellern erhalten werden, wenn man die ausgewaschene Hefe mit so viel Zucker vermischt, daß die Masse einen dicken Strup darstellt. Um alte, lässig gewordene Hefe neu zu beleben, so daß dadurch wieder eine rasch wirkende Hefe erzielt wird, werden auf 100 Gewichtstheile alte Hefe 30 Gewichtstheile gröblich zertheiltes Grünmalz mit 60 Gewichtth. Wasser bis 55 Gr. R. erwärmt, übergossen und 24 Stunden in einem bedeckten Gefäße an einem mäßig warmen Orte unter öfterem Umrühren hingestellt; nach dieser Zeit wird die Flüssigkeit abgeseiht, mit Bierhefe vermischt und zwar mit 3 Proz. des Gewichts der zu verbessernden Hefe und 6 Stunden an einen mäßig warmen Ort hingestellt, worauf dann die alte Hefe zugesetzt wird.

Börsen-Berichte.

Stettin, 8. Februar. Witterung: trübe. Temperatur + 3 ° R. Barometer 27" 11'". Wind: SO.

An der Börse.

Weizen fester, per 2125 Pfd. loco gelber inländischer 100—$103\frac{1}{2}$ Rt., bunter poln. 98—102 Rt., weißer do. 103—108 Rt., ungarischer 92—97 Rt. bez., 83—85pfd. gelber Februar 100 Rt. nom., Frühjahr 100—$100\frac{1}{2}$ Rt. bez. u. Gd.

Roggen wenig verändert, pr. 2000 Pfd. $77\frac{1}{2}$—$79\frac{1}{2}$ Rt., feiner vom Boden 80 Rt., Februar 79 Rt. Br., Frühj. $79\frac{1}{4}$, $\frac{1}{2}$, 79 Rt. bez., Br. u. Gd., Mai-Juni $79\frac{1}{2}$, $\frac{1}{4}$ Rt. bez. u. Br., Juni-Juli 77 Rt. Br., Juli-August $72\frac{1}{4}$ Rt. bez. u. Br.

Gerste still, pr. 1750 Pfd. loco 52—54 Rt. bez., Frühjahr 69 bis 70pfd. schles. $55\frac{1}{2}$ Rt. Br., 55 Rt. Gd., Frühj. schles. 55 Rt. Br.

Hafer behauptet, per 1300 Pfd. loco $37\frac{1}{2}$—38 Rt. bez., 47 bis 50pfd. Frühjahr 39 Rt. bez. u. Br.

Erbsen behauptet, loco per 2250 Pfd. 68—71 Rt., Frühjahr Futter-$71\frac{1}{2}$ Rt. bez.

Rüböl wenig verändert, loco $10\frac{1}{6}$ Rt. Br., Februar 10 Rt. bez., April-Mai $10\frac{1}{6}$ Rt. bez. u. Gd., $10\frac{1}{4}$ Br., September-Oktober $10\frac{1}{2}$ Rt. Br. u. Gd.

Petroleum loco $6\frac{2}{3}$ Rt. bez.

Spiritus behauptet, loco ohne Faß $19\frac{23}{24}$ Rt. bez., Febr.-März $19\frac{3}{4}$ Rt. bez., Frühjahr $20\frac{1}{4}$ Rt. Br. u. Gd., Mai-Juni $20\frac{5}{12}$ Rt. Br., Juni-Juli $20\frac{2}{3}$ Rt. Br.

Angemeldet: 10,000 Ort. Spiritus.

Regulirungs-Preise: Weizen 100, Roggen 79, Rüböl 10, Spiritus $19\frac{3}{4}$.

Landmrkat.

Weizen 96—101 Rt., Roggen 77—80 Rt., Gerste 49—53 Rt., Hafer 37—38 Rt. pr. 26 Scheffel, Erbsen 65—70 Rt. per 25 Scheffel, Heu pr. Ctr. 15—20 Sgr., Stroh pr. Schock 7—8 Rt., Kartoffeln 22 bis 24 Rt.

Breslau, 7. Februar. Spiritus per 8000 Tralles $18\frac{2}{3}$. Weizen per Februar 98 Br. Rüböl pr. Februar $9\frac{2}{3}$, pr. Frühjahr $9\frac{2}{3}$. Raps pr. Februar $88\frac{1}{2}$. Zink unverändert.

Hamburg, 7. Februar. Getreidemarkt. Weizen und Roggen auf Termine fest. Weizen pr. Februar 5400 Pfd. netto 177 Bankothaler Br., 176 Gd., per Februar-März 177 Br., 176 Gd., per Frühjahr 176 Br. u. Gd. Roggen per Februar 5000 Pfd. Brutto 141 Br., 140 Gd., per Februar-März 140 Br., 139 Gd., pr. Frühjahr 138 Br. und Gd. Hafer ruhig. Rüböl ruhig, loco 22, per Mai $22\frac{5}{8}$. Spiritus ohne Kauflust, $27\frac{3}{4}$ Br. Kaffee ruhig. Zink ohne Begehr. — Sehr schönes Wetter.

Amsterdam, 7. Februar. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen flau. Roggen fest, pr. März $313\frac{1}{2}$, pr. Mai 320, pr. Juni $303\frac{1}{2}$, per Juli $306\frac{1}{2}$. Raps pr. Mai $34\frac{3}{4}$, per November-Dezember $36\frac{1}{4}$.

London, 7. Februar. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Müller wenig geneigt Weizen einzukaufen, bei geringerer Qualität fanden einzelne kleine Preisreduktionen statt. Frühjahrsgetreide fest und zu letzten Montagspreisen verkauft. Reis stetig.